

„Eine gefährliche Denkfigur“

Streit ums Grundeinkommen

Die einen halten den Vorschlag für naiv, die anderen für gefährlich. Doch der Gedanke, in Deutschland ein Grundeinkommen für alle einzuführen, findet immer mehr Anhänger.

Von Sönke Iwersen

Der Vorschlag war nicht neu, kam aber aus ungewohnter Ecke. Götz Werner, der Chef der Drogeriemarktkette DM, forderte in der Stuttgarter Zeitung am Samstag die Einführung eines bedingungslosen Bürgergeldes, einer Lebensrente für jeden Bürger. Zahlreiche Leserreaktionen zeigen das große Interesse an seinen Thesen. Die angestammten Experten für solche Fragen schütteln jedoch den Kopf. „Diese Idee ist wohl unausrottbar“, sagt Viktor Steiner, ein Arbeitsmarktexperte beim Deutschen Institut für Wirtschaft in Berlin. „Wahrscheinlich ist Herr Werner ein guter Geschäftsmann, und ich würde ihm nie in sein Geschäft reinreden. Aber umgekehrt sollte das auch gelten.“

Während Steiner den Vorschlag Werners als naiv bezeichnet, hält Hans-Peter Klös ihn sogar für schädlich. „Das voraussetzungslose Grundeinkommen ist eine gefährliche Denkfigur“, sagt der Arbeitsmarktexperte vom Institut für Wirtschaft in Köln. „Wir wollen keine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Im Gegenteil. Wir müssen das Einkommen wieder stärker an die Arbeitsleistung binden. Wer zumutbare Arbeit nicht annimmt, der muss eben weniger bekommen.“

Damit spricht Klös dasselbe Thema an, dem sich auch die Wirtschaftskritiker von Attac widmen. Nur kommen beide zu völlig verschiedenen Schlüssen. „Wir nähern uns doch heute einem Punkt, an dem Arbeit nicht mehr soziale Sicherheit herstellt“, sagt Werner Rätz, der für Attac einen Kongress zum Thema Grundeinkommen vom 7. bis 9. Oktober in Wien vorbereitet. Nach seiner Beobachtung gewinnt das Thema Grundeinkommen immer mehr Bedeutung. „Je stärker absehbar wird, dass Vollbeschäftigung kein ernsthaftes Ziel mehr ist, desto mehr Menschen denken über Alternativen nach“, sagt auch Kathrin Mohr vom Netzwerk Grundeinkommen. „Das Bürgergeld ist deshalb ein sehr zukunftsweisendes Modell, auch wenn es bei den renommierten Instituten sehr schlecht angesehen



Soll das Einkommen von der Arbeit entkoppelt werden? Die angestammten Wirtschaftsinstitute sind strikt dagegen.

Foto AP

ist. Aber es würde ja auch niemand behaupten, dass diese Wirtschaftsinstitute die Speerspitze des Fortschritts bilden.“

Die Angesprochenen geben den Vorwurf prompt zurück. „Ein Grundeinkommen nach den Vorstellungen dieser Leute ist schlicht nicht finanzierbar“, sagt der DIW-Experte Steiner. „Es stimmt auch nicht, dass die Vollbeschäftigung eine Illusion ist“, ergänzt der IW-Forscher Klös. „Schauen Sie in die Schweiz, nach Norwegen oder auch nach Neuseeland. Dort liegt die Arbeitslosenquote zwischen vier und fünf Prozent. Das zeigt, dass es geht. Auch ohne Grundeinkommen.“

Einer, der sich seit vielen Jahren mit dem Thema Grundeinkommen beschäftigt, ist Michael Opielka. „Na, wenn Sie das DIW und Attac fragen, dann haben Sie natürlich die

beiden Extreme“, sagt der Professor für Sozialpolitik an der Universität Jena. „Das Spannende ist, dass die Idee des Grundeinkommens seit Jahrzehnten existiert – und zwar in vielen Ländern und einem ganz breiten Spektrum.“ So habe es in den USA in den 70er Jahren eine große Bewegung von Wirtschaftswissenschaftlern gegeben, die das Grundeinkommen forderten. Mit dabei: der Nobelpreisträger Milton Friedman. „Mehrere Gesetzesvorlagen zum Grundeinkommen haben es bis in den Kongress geschafft“, sagt Opielka. „Aber dann kam die Reagan-Ära.“

Dass Deutschland in der Vergangenheit bei der Diskussion um ein Grundeinkommen eine kaum wahrnehmbare Rolle spielte, hat laut Opielka kulturelle Gründe. „Denken Sie an Max Weber: Nur wer arbeitet, ist gottgefäl-

lig“, sagt der Professor. „Die Vorstellung, dass jemand einen Anspruch auf Existenzsicherung unabhängig von der Arbeitsleistung hat, ist in Deutschland fast widersinnig. Da wird die Finanzierbarkeit gar nicht ernsthaft diskutiert.“ Stattdessen brandmarkte man solche Vorschläge als kindisch oder gefährlich. Und Götz Werner? „Der könnte sehr wichtig werden“, sagt Opielka. „Große Themen hängen immer an großen Personen. Nur Wissenschaftler reichen eben nicht, denn es gibt immer auch einen Wissenschaftler, der das Gegenteil behauptet. Aber Werner ist Unternehmer, der Chef eines Milliardenkonzerns. Man kann wirklich froh sein, dass sich so einer dieses Themas annimmt.“

■ www.archiv-grundeinkommen.de

Hansa Metall baut Arbeitsplätze ab

STUTTGART. Die desolote Lage auf dem Markt für Badarmaturen macht sich auch bei den Hansa Metallwerken bemerkbar. 200 Arbeitsplätze sollen konzernweit gestrichen werden.

Von Michael Heller

Der Markt für Sanitärarmaturen ist nach Angaben von Ernst Zehender, Personalvorstand bei Hansa Metall, in Deutschland in den ersten sechs Monaten des Jahres um 13 Prozent eingebrochen. Verglichen damit haben sich die Stuttgarter noch gut behauptet: Die Erlöse von Hansa Metall, so sagt Zehender, seien um 4,5 Prozent gesunken. Grund für die Minusraten in der Branche und bei dem Unternehmen sind der anhaltende Preisdruck durch ausländische Billiganbieter, die schwache Neubautätigkeit und die Kaufzurückhaltung der Konsumenten. Hansa Metall ist 2004 nach einem Verlust im Jahr zuvor wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt und will diesen Erfolg nun nicht gefährden. Gegenwärtig, so sagt Zehender, arbeite das Unternehmen mit Gewinn.

Der Vorstand hat die Belegschaft in Stuttgart vor einigen Tagen darauf eingestimmt, dass Personal abgebaut werden müsse. Insgesamt geht es um 200 Stellen, die gleichmäßig auf die vier Produktionsstandorte verteilt werden sollen. In Stuttgart, wo gegenwärtig einschließlich Vertriebsniederlassung 300 Frauen und Männer beschäftigt sind, würden somit 50 Stellen entfallen. Auf welche Art der Personalabbau vollzogen werden soll, ist offen; die Verhandlungen mit dem Betriebsrat haben noch nicht begonnen. Zehender geht jedoch davon aus, dass Entlassungen zumindest im Einzelfall nicht zu vermeiden sein werden. Der Personalvorstand hat keine große Hoffnung, dass sich der Abbau durch Zugeständnisse der Beschäftigten bei den Arbeitskosten noch vermeiden lässt. Er glaubt, dass die IG Metall da nicht mitmachen werde. Die weiteren Produktionsstandorte der Sanitärsparte von Hansa Metall in Deutschland liegen in Burglengenfeld (235 Beschäftigte) sowie in Nettetal, wo bei der Tochtergesellschaft Rokal 200 Menschen arbeiten. Daneben gehört auch KWC in der Schweiz zum Konzern.

Im vergangenen Jahr hatte Hansa Metall Probleme mit seiner zweiten, kleineren Sparte – dem Automobilbereich. Die Fertigung von Rohrleitungen für Klimaanlagen wurde nach Osteuropa verlagert. 90 Mitarbeiter verloren hierdurch ihren Job. So blieb nur die Produktion von Sammeltröcknern, die den Klimaanlagen Feuchtigkeit entziehen, mit 120 Mitarbeitern in Stuttgart.